

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0138 Tagesordnung

Punkt 14 (08-V-20-0047) wird von der Tagesordnung abgesetzt, weil aus technischen Gründen kein Umdruck in der Drucksachenliste 33/08 erfolgt ist.

Einwände werden gegen die Tagesordnung nicht erhoben.

Es wird kein „Schnelldurchgang“ zu Beginn der Sitzung durchgeführt.

Einstimmig

0139 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 28.05.2008 wird genehmigt.

Einstimmig

0140 **08-F-25-0088**

Übernahme von Bestattungskosten

- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 06.08.2008 -

Der Bericht zu diesem Antrag wird voraussichtlich zur Sitzung des Ausschusses am 10.09.2008 vorliegen.

Einstimmig

0141 **08-F-01-0044**

Sanierung Kuppeln Russische Kapelle; Mehrkosten - hier: Akteneinsicht

Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 22.04.2008

Stv. Dr. Goßmann teilt mit, dass die Antrag stellende Fraktion alle Informationen durch die Fachverwaltung erhalten hat und alle Fragen kompetent beantwortet wurden. Die Akteneinsicht kann für beendet erklärt werden.

Da aber die Stellungnahme des Rechtsamtes fehlt, wird der Abschluss der Angelegenheit um einen Sitzungszug nach hinten verschoben.

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0142 08-V-41-0006

Sanierung Kuppeln Russische Kapelle; Mehrkosten

Die Sitzungsvorlage wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses zur Abstimmung gestellt und zusammen mit der Beendigung der Akteneinsicht dem Stadtparlament vorgelegt.

Einstimmig

0143 08-A-19-0006

Renovierung der Burg Sonnenberg
- aktueller Zeit- und Kostenplan -

Vors. Tollebeek berichtet, dass er von Bürgern auf den Fortgang der Renovierung der Burg Sonnenberg angesprochen worden ist.

Herr Funk (Kulturamt) berichtet, dass die Burg Sonnenberg an 5 Stellen renovierungsbedürftig ist:

Burggarten	Ren. Anf. Oktober abgeschlossen
Straße am Schlossberg	Ren. Anf. September abgeschlossen
Mauer zu Gollners	abgeschlossen
Bergfried	Arbeiten im Oktober noch nicht abgeschlossen, Ausschreibungsverfahren musste aufgehoben werden, weil die meisten Anbieter unvollständige Unterlagen vorgelegt haben. Die 2 letzten Bewerber wurden vom Landesamt für Denkmalpflege abgelehnt.
Außenmauer	fast abgeschlossen

Stv. Dr. Goßmann weist darauf hin, dass das Parlament über die Mehrkosten, die über 250.000 € liegen hätte informiert werden müssen.

Der Ausschuss erwartet zu seiner Sitzung am 10.09.2008 einen schriftlichen Bericht zu dem Vorgang.

Einstimmig

0144 08-F-25-0016

Einstellung der Verwaltungsjagd in Wiesbaden
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP -

Vors. Tollebeek berichtet, dass sich der Ausschuss ausgiebig in nicht öffentlicher Sitzung mit dem Thema Verwaltungsjagd beschäftigt hat.

Er hält fest, dass die Verwaltungsjagd an 01.10.2008 eingestellt wird.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 13. August 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die Reviere werden entsprechend über die Verdingungsstelle verpachtet bis auf ca. 300 ha, die Jungjägern zur Verfügung stehen sollen. Die Verträge laufen aus. Es haben sich keine Anhaltspunkte für inkorrekte Abwicklung der Verpachtungen ergeben. Auch die Verpachtungen in der Vergangenheit sind richtig durchgeführt worden.

Jede Verdächtigung wird zurückgewiesen.

Der Antrag hat für den Ausschuss seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0145 07-F-25-0093 + 0146 07-F-22-0002

Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen

- Dringlichkeitsantrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 04.09.2007 und gem. Antrag von CDU und FDP vom 04.06.2007-

Die für diesen Sitzungszug angekündigte Sitzungsvorlage zur Neuregelung des Verkaufs von Gebrauchtfahrzeugen ist nicht eingegangen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Müller wird auf Wunsch von Herrn Vors. Tollebeek von der Geschäftsstelle angeschrieben und gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass dem Ausschuss schnellstmöglich die Sitzungsvorlage vorgelegt wird.

Einstimmig

0147 08-F-25-0039

Beitragsfreier Halbtagsplatz im vorletzten Kindergartenjahr (08-V-51-0009)

hier: verzögerte Umsetzung

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 06.04.2008 -

Durch den schriftlich vorgelegten Bericht des Sozialdezernates hat der Antrag seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0148 08-F-01-0047

Sponsoring des SV Wehen- Wiesbaden durch ELW

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 19.05.2008 -

Ein Bericht zu diesem Antrag war für die heutige Sitzung angekündigt, wird dem Ausschuss aber erst zu seiner Sitzung am 10.09.2008 vorgelegt werden können.

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0149 08-V-33-0003 + 0150 07-V-33-0008

Abschlussbericht 112. Vergleichende Prüfung " Kraftfahrzeugzulassungsstellen "

Stv. Reitz teilt mit, dass festgestellt werden kann, dass fast alle Mängel zufrieden stellend behoben wurden.

Es ist aber nicht nachvollziehbar, warum die für den Einbau einer Aufrufanlage benötigten Mittel i. H. v. 16.000 nicht bewilligt wurden.

Stadträtin Zeimetz-Lorz kann dazu keine Auskunft geben. Sie geht davon aus, dass der jetzige Standort nicht auf Dauer gehalten wird und wahrscheinlich deshalb keine Mittel bewilligt wurden.

Vors. Tollebeek schlägt vor, den schriftlichen Bericht zur Kenntnis zu nehmen und sich mit dem Thema Aufrufanlage in der nächsten oder übernächsten Sitzung des Ausschusses zu beschäftigen.

Stv. Dr. Goßmann weist darauf hin, dass es gerade für ältere Menschen oder Menschen, die nicht gut lange stehen können unzumutbar ist, in der Schlange zu warten, zumal es keinerlei Möglichkeit gibt, sich während des Wartens zu setzen. Die Sitzgelegenheiten sind soweit weg, dass man seinen Platz in der Schlange verliert, wenn man sich setzt.

Die Angelegenheit bedarf der Klärung.

Einstimmig

0151 08-V-80-2316

Richtungsentscheidung Städtische Parkhäuser

Enth. BLW

0152 08-V-10-0014

Entwicklung eines Konzeptes "Wiesbaden digital"

Der Magistrat ist zu diesem Punkt nicht anwesend.

Vors. Tollebeek hofft, dass die Anzahl der Dokumente durch das neue Konzept geringer wird. Wenn nicht eingespart würde, wäre es auch keine rentierliche Maßnahme. Er hofft auf eine spürbare Entlastung.

Enth. BLW

0153 08-V-20-0039

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Investitionscontrolling 1. Halbjahr 2008

Stv. Reiß bemerkt, dass sich die Schulbaumaßnahmen sehr positiv entwickeln. Der Ausgabestand bei Dezernat III läge bei 126 % - dazu möchte er gern den realen Wert wissen.

Auch Vors. Tollebeek verweist auf die erheblichen Ausgaberrückstände der Vorjahre. Er weist darauf hin, dass nur die verausgabten Mittel abgebildet werden, nicht die Obligos. Gerade im Bereich Schulbauten sei unter Stadträtin Scholz wesentlich mehr verausgabt worden.

Stv. Dr. Goßmann sieht erhebliche Ausgabemängel im Kulturbereich und hätte gern eine Erklärung dazu, wie sich das Kulturdezernat die Verausgabung der eingestellten Mittel bis zum Jahresende vorstellt.

Stv. Reiß macht auf einen Zusatz im Magistratsbeschluss aufmerksam, der erklärt, dass sich ein Teil der Ausgaberrückstände durch die nicht verausgabten Mittel für das Stadtmuseum (5 Mio €) bezieht.

Stv. Dr. Goßmann berichtet dazu, dass es allein aus den Vorjahren Ausgaberrückstände i. H. v. 10 Mio gäbe.

Der Magistrat wird durch Beschluss gebeten, die niedrige Ausgaberrate bei Dezernat V und die hohe Ausgaberrate bei Dezernat III zu erklären.

Vors. Tollebeek gibt zu Protokoll:

Es ist nicht Aufgabe des Revisionsausschusses, die Fachbereiche zu kontrollieren. Dies sollten die Facharbeitskreise übernehmen. Er fragt nach, ob denn der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit das Investitionscontrolling auch durcharbeitet. Stv. Reiß gibt zu bedenken, dass sich die Fachausschüsse (z.B. Umwelt/Sauberkeit) nicht mit finanztechnischen Problemen beschäftigen.

Die Arbeitsgruppe Produktcontrolling wird einige Dinge beleuchten und sicher Anregungen für die Zukunft geben können.

Einstimmig

0154 08-V-20-0047

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.06.2008 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Die Vorlage war in der DL 33/08 nicht abgedruckt und kommt in der Sitzung des Ausschusses am 10.09.2008 zum Aufruf.

Einstimmig

0155 08-V-82-0002

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 13. August 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der Kurbetriebe der LH Wiesbaden

Frau Schmertmann (Kämmerei) weist darauf hin, dass in den Magistratsbeschluss noch aufgenommen werden muss: **und auf neue Rechnung vorgetragen.**

Es kommt zur Diskussion über die Prüfbemerkung von Ernst & Young, dass die Kurbetriebe nicht ins Handelsregister eingetragen sind. Dies wird zum wiederholten Male von dem Wirtschaftsprüfungsunternehmen bemängelt.

Herr Göpfert (Kurbetriebe) weist darauf hin, dass das Rechtsamt mit der Bitte um Prüfung der Angelegenheit eingeschaltet wurde.

Herr Wack (ELW) weist darauf hin, dass sich die ELW ganz bewusst haben aus dem Handelsregister austragen lassen.

Stv. Dr. Goßmann erwartet zudem eine Erklärung zu den erhöhten Personalkosten im Bereich der Kurbetriebe und zu den Provisionen i. H. v. 33.000 €.

Herr Göpfert wird die Erhöhung der Personalkosten kontrollieren, es könnte sich um den Bereich Tourismus handeln (2 Dauererkrankte) und die damit verbundene Lohnfortzahlung.

Stv. Klüssendorf verweist auf die steigenden Löhne im Opelbad als Gegenpol zu den sinkenden Umsätzen.

Herr Göpfert verweist auf die Personalstruktur im Opelbad: Dort gäbe es nur einen Festangestellten, Techniker würden nach Bedarf angefordert. Im letzten Jahr sei es zu hohen Reparaturkosten gekommen, die auch hohe Personalkosten nach sich gezogen haben.

Auf Nachfrage teilt Herr Göpfert mit, dass Ernst & Young 2 oder 3 Mal die Prüfung der Kurbetriebe durchgeführt haben.

Stv. Reiß möchte wissen, ob die staatsanwaltlichen Untersuchungen mittlerweile abgeschlossen sind und ob trotzdem entlastet werden kann.

Vors. Tollebeek verweist darauf, dass es Ermittlungen gegen 2 Personen gäbe, nicht aber gegen die Kurbetriebe. Einer Entlastung stünde nichts entgegen, denn die Betriebsleitung würde entlastet.

Herr Göpfert berichtet zudem, dass es eine Unschuldsvermutung im deutschen Rechtssystem gäbe.

Außerdem ist lt. Vors. Tollebeek das Wirtschaftsjahr, dass hier zur Diskussion steht betroffen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und erwartet Aufklärung durch den Magistrat hinsichtlich der unterschiedlichen Rechtspositionen in Bezug auf die Eintragung oder Nichteintragung in das Handelsregister, über die erhöhten Personalkosten und die erhöhten Provisionen.

Beschl. Nr. Vorlagen Nr. Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO

Einstimmig

0156 **08-V-04-0014**

Investitionszuschuss Steganlage Osthafen Schierstein

Einstimmig

0157 **08-V-04-0015**

Erweiterungsfläche Kurpark - Dietenmühle

Einstimmig

0158 **08-V-66-0208**

Bau einer Lichtsignalanlage an der Einmündung Moltkering / Hans-Bredow-Straße

Es entsteht eine kurze Diskussion darüber, warum ausgerechnet diese Lichtsignalanlage neu gebaut wird.

Stv. Reiß weiß zu berichten, dass es z. B. in Erbenheim ganz andere Gefahrenbereiche an Ampeln gäbe, die wesentlich dringender umgestaltet werden müssten.

Der Ausschuss wird diese Vorlage nicht beschließen, sondern bittet den Magistrat um Aufklärung, warum an dieser Stelle diese Anlage ersetzt werden muss und warum dies nicht im Rahmen der Haushaltsplanberatungen geklärt wurde, sondern jetzt üpl.-Mittel anfallen.

Einstimmig

0159 **08-V-66-0213**

Wandersmannstraße - Ortsgerechte Straßenraumgestaltung BA II

Einstimmig

0160 **08-V-51-0043**

Zuschussvertrag Kohlhecker Bürgervereinigung

Auf Nachfrage von Stv. Reiß teilt Stv. Dr. Goßmann mit, dass Mieten lediglich im privaten Wohnbereich festgelegt sind, im gewerblichen Bereich sind Erhöhungen möglich.

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 13. August 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Die WIM ist in den Vorgang involviert, dazu wird auf den geänderten Magistratsbeschluss verwiesen.

Einstimmig

0161 08-V-51-0048

Erweiterung der Kindertagesstätte der Ev. Versöhnungsgemeinde um eine Krippengruppe

Einstimmig

0162 07-V-51-0063

Upgrade von PROSOZ/s auf OPEN/PROSOZ für den Bereich SGB II

Es entsteht eine Diskussion darüber, ob die Ziele, die ursprünglich für den neuen Softwareinsatz festgelegt wurden, eingehalten werden konnten.

Lt. Vors. Tollebeek sind keinerlei Ziele erreicht. Vom Produktivstart ist nicht mehr die Rede, wie viele Mitarbeiter/innen wurden qualifiziert, wann ist mit einer Datenmigration zu rechnen.

Da kein Vertreter des Fachbereichs zu diesem Zeitpunkt anwesend ist, wird das Sozialdezernat gebeten, in der Sitzung des Ausschusses am 10.09.2008 dezidiert zu berichten, ob und wann mit welchen Mitteln PROSOZ zum Ende kommen wird.

Die Vorlage selber wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

0163 08-V-70-0001

Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden für das Geschäftsjahr 2008

Stv. Reitz berichtet, dass das hier prüfenden Wirtschaftsprüfungsunternehmen ins Visier der Staatsanwaltschaft geraten ist; ein Aufsichtsverfahren sei anhängig. Er kann sich den Einsatz gerade dieses Unternehmens nur so erklären, dass das Unternehmen auf Empfehlung von ESWE zum Einsatz kam. Auch Dezernat III (Stadtrat Bendel) hat keine Bedenken angemeldet.

Stv. Dr. Goßmann schließt sich der Auffassung an, dass es sich hier um ein fundamentales Problem handele. Es sieht danach aus, dass der gesamte Konzern ein Problem haben könnte. Nach seiner Auffassung müsste ELW das Prüfungsunternehmen wechseln.

Herr Wack (ELW) weist darauf hin, dass zur Zeit der Ausschreibung die jetzt geschilderten Probleme noch nicht bekannt waren.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Vors. Tollebeek berichtet, dass auch KPMG unter Druck geraten sei. Hier wird das gesamte Unternehmen vor den Berufsverband und die Staatsanwaltschaft gezogen.

Der Ausschuss wird die Vorlage in diesem Sitzungszug nicht beschließen, sondern den Magistrat um eine grundsätzliche Betrachtung aller Wirtschaftsprüfungsunternehmen bitten.

Der von Stv. Reitz als Grundlage vorgestellte Artikel aus dem letzten SPIEGEL wird allen Fraktionen und Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Einstimmig

0164 **08-V-70-0002**

Jahresabschluss 2007 der ELW-Feststellung des Jahresabschlusses;
Ergebnisverwendung

Einstimmig

0165 **08-V-40-0020**

Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule - Genehmigung der Gesamtkosten und Mittelfreigabe

Vors. Tollebeek lobt das Dezernat für die Einbringung der Vorlage.

Stv. Dr. Goßmann weist allerdings darauf hin, dass in der Vorlage erwähnt ist, dass zunächst keine Fachingenieure und auch die Feuerwehr bei der Kostenaufstellung beteiligt waren.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass das Hochbauamt auch Thema in der AG Produktcontrolling ist. Gerade dieser Fachbereich finanziere seine Personalkosten zu 100 % durch die Maßnahmen, die für andere Ämter abgewickelt werden. Er fragt nach, wie hoch denn der Krankenstand im Hochbauamt sei, wenn jedes Projekt doppelt so lange dauere, wie eigentlich üblich.

Das Hochbauamt muss sicherstellen, dass seine Personalkosten durch die Aufträge für die LHW refinanziert werden, muss vor allem so schnell arbeiten, dass die anderen Fachbereiche nicht auf die Idee kommen, Externe zu beauftragen.

Herr Römer (Leiter Schulamt) bestätigt, dass das Hochbauamt die Baubetreuung wahrgenommen hat, möchte aber die Kollegen/innen dort in Schutz nehmen, da es sich um eine sehr komplexe Baumaßnahme gehandelt habe. In den Fluren habe es sog. Rabsitzdecken (Gipsdecken) gegeben, die sowohl für den Brandschutz aber auch für den Denkmalschutz ein Problem dargestellt haben. Warum allerdings keine Fachingenieure beauftragt wurden, bleibt unklar.

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 13. August 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vors. Tollebeek stellt klar, dass es in einer Schule keine Brandschutzprobleme geben dürfe. Die entscheidende Frage sei aber immer wieder, dass sich das Hochbauamt als Dienstleister refinanzieren müsse.

Stv. Dr. Goßmann weist darauf hin, dass es 2005 noch keine Festlegung darüber gab, alle Sitzungsvorlagen, die Baumaßnahmen betreffen, in der vom Ausschuss festgelegten standardisierten neuen Form abzufassen. In der hier zur Diskussion stehenden Vorlage hätte das Kostenrisiko artikuliert werden müssen. Das Hochbauamt hätte wissen müssen, dass das Brandschutzkonzept noch fehlt.

Es war weder best noch worst case erkennbar.

Der Bereich des Hochbauamtes würde gerade in der AG Produktcontrolling beleuchtet.

Vors. Tollebeek weist ausdrücklich darauf hin, dass der Revisionsausschuss niemanden im Visier habe. Aber gerade dieser Ausschuss beleuchte intensiv die finanzwirksame Seite von Projekten. Wie viel Geld im Haushalt für welche Projekte eingestellt sei und was letztendlich wie abgearbeitet wird, interessiere den Ausschuss sehr wohl.

Stv. Reiß fragt nach, ob denn mit weiteren Kostensteigerungen zu rechnen sei, da zwar jetzt die Gesamtkosten beschlossen werden sollten, aber in der Zeit vom 28.09.07 bis August 08 durchaus noch Kosten entstanden sein können.

Herr Römer berichtet, dass nach Vorliegen des Brandschutzkonzeptes nach Absprache zwischen Schulamt und Feuerwehr 300.000 € gekürzt werden konnten.

Stv. Dr. Goßmann spricht davon, dass 30 % Kostenabweichung nicht tragbar sind.

Die Vorlage wird mit dem Zusatz, dass dem Ausschuss im März 2009 ein Bericht zum Baufortschritt und zur Finanzierung vorgelegt werden soll, beschlossen.

Enth. BLW

0166 08-V-40-0021

Schulen - IM-Jahresrechnung 2007

Einstimmig

0167 08-V-40-0023

Bericht zum Beschleunigungsprogramm 2006/2007

Einstimmig

0168 Verschiedenes

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

1. Die nächste Sitzung des Ausschusses wird im Kurhaus stattfinden. Die dadurch entstehenden Kosten wird das Amt der Stadtverordnetenversammlung übernehmen.

2. In der kommenden Sitzung wird Frau Schupp ihren halbjährlichen Bericht geben.

Einstimmig

nicht öffentliche Sitzung

0178 07-F-07-0036

Bewirtschaftung der Erlebnismulde auf dem Neroberg
- Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 29.08.2007 -

Hier liegen Berichte vor, allerdings nicht in vollständigem Umfang.

Herr Oberbürgermeister Dr. Müller wird per Mail gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass möglichst zur nächsten Sitzung dem Ausschuss alle noch ausstehenden Berichte vorliegen. Die jetzt eingereichten Berichte werden nicht zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

0179 07-A-19-0013

Sanierung der Russischen Kapelle - üpl-Mittel

Herr Löber (Revisionsamt) berichtet, dass Herr Oberbürgermeister Dr. Müller wünscht, dass der abschließende Bericht vom Revisionsamt und dem Rechtsamt gemeinsam verfasst wird.

Einstimmig

0180 07-A-19-0014

Bericht zur Besetzung der Stelle des Leiters des Revisionsamtes

Es gibt keinen neuen Stand in diesem Fall.

Einstimmig

0181 07-A-19-0015

Sonderprüfung Neubau Rhein-Main-Halle durch das Revisionsamt

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Klüssendorf weist darauf hin, dass der Ausschuss sich des Öfteren mit Kostenüberschreitungen geschäftige und möchte wissen, ob der Vertrag mit dem Architekten grundsätzlich vor Abschluss z. B. durch das Rechtsamt geprüft werde.

Herr Löber teilt mit, dass der Vertrag nicht mit dem Rechtsamt abgestimmt worden sei. Es gäbe keine Verpflichtung, das Rechtsamt einzuschalten, es würde aber vom Revisionsamt angeregt, dies zu tun.

Es wird diskutiert, wie mit dem Prüfbericht des Revisionsamtes weiter umgegangen werden solle.

Stv. Horschler berichtet, dass es sich bei der Rhein-Halle nicht um einen Eigenbetrieb, sondern um eine Eigengesellschaft handle.
Dies sollte man bei Einschalten des Rechtsamtes auch bedenken, denn wenn das Rechtsamt auch von Eigenbetrieben/Eigengesellschaften eingeschaltet werden würde, kämen unüberschaubare Kosten auf die LHW zu. Es wäre im vorliegenden Fall sicher sinnvoll gewesen, einen Anwalt einzuschalten, aber nicht das Rechtsamt.

Vors. Tollebeek hält eine Einflussnahme lediglich über den Aufsichtsrat für möglich.

Es wird ausgiebig diskutiert, in welcher Form und an wen der Prüfbericht des Revisionsamtes weitergeleitet werden soll und kann.
Zunächst sollte der Bericht an den Aufsichtsrat übermittelt werden, es wird aber letztlich festgelegt, dass der Aufsichtsratsvorsitzende der richtige Ansprechpartner sei.
Unstrittig ist, dass die LHW als Eigentümerin über das Parlament und den Magistrat ein Mitspracherecht auch in der Rhein-Main-Hallen AG habe.

Lt. Vors. Tollebeek hat die LHW 4,9 Mio € für den Neubau der RMH zur Verfügung gestellt.

Stv. Dr. Goßmann weist darauf hin, dass die LHW gebürgt habe. Bei dem Betrag von 4,9 Mio € war die Erneuerung der Außenanlage zunächst nicht geplant. Als der Ball des Sports wieder in Wiesbaden stattfinden sollte, wurde auch der Außenbereich beauftragt.

Der Ausschuss beschließt, dass der umfangreiche Bericht des Revisionsamtes dankend zur Kenntnis genommen und an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates weitergeleitet wird. Zusätzlich wird der Hinweis aufgenommen, dass der Ausschuss davon ausgeht, dass der Kostenrahmen von 4,9 Mio nicht überschritten wird.

Einstimmig

0182 08-A-19-0002

Bewertung und ggfl. Kündigung der Jagdreviere Naurod I und II

Vors. Tollebeek weist noch einmal darauf hin, dass die Verwaltungsjagd in der ursprünglichen Form nicht mehr existiert.
Zur Jagdgenossenschaft Naurod teilt er mit, dass die Pachtverträge ursprünglich für 9 Jahre und dann bis 2025 verlängert wurden, ohne dass die LHW überhaupt von der

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Einladung zur Versammlung erfahren habe. Der Vorstand könne sehr Vieles alleine entscheiden. Von daher war das wenn auch merkwürdige Einladungsverfahren zur Hauptversammlung rechtlich korrekt abgewickelt.

Stv. Dr. Goßmann findet, dass man die LHW hier nicht aus dem Obligo lassen sollte. Man hätte zwar keine großen Einflussmöglichkeiten, aber z. B. die Ortsverwaltung hätte die Aushänge sehen müssen.

Vors. Tollebeek berichtet noch einmal, dass der Vorstand auch über Satzungsänderungen alleine entscheidet. Die LHW ist im Vorstand nicht vertreten.

Auch Herr Löber weist darauf hin, dass der Pachtvertrag ursprünglich bis 2010 lief. Es konnte niemand wissen, dass er bereits 2001 bis zum Jahr 2025 verlängert wurde. Es könnte evtl. einen rechtlichen Weg aus dem Vertrag geben, und zwar bei einer Änderung von Wald- auf Feldjagd.

Der Magistrat wird um Prüfung dieser Möglichkeit gebeten und an die Punkte des Beschlusses des Ausschusses vom 28.05.2008 erinnert.

Einstimmig

0183 07-A-19-0017

Übersicht über Gutachten und Beratungsleistungen

Zu diesem Punkt beschließt der Ausschuss Nicht-Befassung. Außerdem soll Herr Oberbürgermeister Dr. Müller per Mail gebeten werden, dafür Sorge zu tragen, dass die aus dem Beschluss des Ausschusses vom Mai 2008 noch ausstehenden Berichte dem Ausschuss zügig vorgelegt werden.

Einstimmig

0184 07-A-19-0022

Empfehlungsprotokolle der Betriebskommission der ELW und der Kurbetriebskommission

Der von ELW vorgelegte Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Müller wird per Mail gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass das noch ausstehende Protokoll der Kurbetriebskommission unverzüglich vorgelegt wird.

Einstimmig

0185 08-V-20-0004

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 3. Quartal 2007

Seite 15 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 13. August 2008

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Einstimmig

0186 **08-V-20-0043**

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 1. Quartal 2008

Einstimmig

0187 Verschiedenes NÖ

Vors. Tollebeek bedankt sich ausdrücklich bei den Mitarbeiter/innen für die vorgelegten umfangreichen Prüfberichte.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .09.2008

Vorsitzender

Schriftführer

weitere Schriftführerin

Tollebeek

Reitz

Koba